

Verlags- und Druck-Verlag: Germania, Buchdruckerei und Verlag Dresden-N. 1, Palaststr. 17. Telefon 21 022. Postfach Dresden 1025. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 94767.

Mittwoch, den 27. Juli 1932

Verlag: Dresden. Preis: 1.00 M. für den Abnehmer. Preis für den Einzelkäufer: 1.20 M. für den Einzelkäufer. Preis für den Einzelkäufer: 1.20 M. für den Einzelkäufer.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-N. 1, Palaststr. 17, Telefon 21 022.

Die Aufhebung des Ausnahmezustandes Ab Dienstag mittag

Und sie tolerieren doch!

Ein preussischer Erlass
wfb. Berlin, 26. Juli. Der preussische Minister hat an alle Landespolizeibehörden folgenden Erlass gerichtet: Die einschränkenden Bestimmungen auf dem Gebiet der Vereins-, Versammlungs- und Pressepolizei sind erlassen worden, um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und den vielfach jutage getriebenen Mißbrauch politischer Rechte nachdrücklich entgegenzutreten. Sie dürfen aber keine Handhabe dazu bieten, die gleichmäßige Betätigung der Staatsbürger zu verhindern oder einzuschränken, insbesondere die Wahlbarkeit zu beeinträchtigen. Sie sind unparteiisch und gerecht anzuwenden; dazu gehört auch, daß jede Heißei oder schändliche Handhabung unterbleibt. Besonderen im Einzelfall Zweifel darüber, ob die Voraussetzungen für die Anordnung einer Beschränkung gegeben sind, ist von der Wahlbehörde abzuweichen, gegebenenfalls Entscheidung des Regierungspräsidenten einzuholen.

Sitters Weabereiter
Bracht erlaubt Teilnahme von preussischen Beamten an der NSDAP.
wfb. Berlin, 25. Juli. Der kommissarische preussische Minister des Innern hat dem preussischen Staatsministerium eine Vorlage gemacht, wonach der Verbot der preussischen Staatsbeamten vom 25. Juni 1930 insoweit aufgehoben wird, als er die Teilnahme von Beamten an der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verbietet.

Der Reichspräsident
In der Montagvormittags Sitzung erstattete Reichsfinanzminister v. Papen Bericht über das Ergebnis seiner Stuttgarter Reise. Er hob hervor, daß nach den Verhandlungen mit den Ländern die Lage als gebessert anzusehen sei. Das Kabinett beschäftigte sich dann mit der Taktik, die es gegenüber dem Überwachungsausschuß des Reichstags einnehmen wird. Das Kabinett steht auf dem Standpunkt, daß die verfassungsgerechten Beschlüsse des Überwachungsausschusses für die Reichsregierung nicht bindend sind.

Die Reichsregierung
Des weiteren beschäftigte sich das Kabinett mit den wirtschaftlichen Fragen. Im Vordergrund seiner Besprechungen stand dabei die Frage, was mit den Betrieben geschehen soll, die sich entweder im Reichsbefehl befinden oder an denen das Reich maßgebend beteiligt ist oder die nur von den Subventionen des Reiches leben.

Ein preussischer Erlass
wfb. Berlin, 26. Juli. Der preussische Minister hat an alle Landespolizeibehörden folgenden Erlass gerichtet: Die einschränkenden Bestimmungen auf dem Gebiet der Vereins-, Versammlungs- und Pressepolizei sind erlassen worden, um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und den vielfach jutage getriebenen Mißbrauch politischer Rechte nachdrücklich entgegenzutreten. Sie dürfen aber keine Handhabe dazu bieten, die gleichmäßige Betätigung der Staatsbürger zu verhindern oder einzuschränken, insbesondere die Wahlbarkeit zu beeinträchtigen. Sie sind unparteiisch und gerecht anzuwenden; dazu gehört auch, daß jede Heißei oder schändliche Handhabung unterbleibt. Besonderen im Einzelfall Zweifel darüber, ob die Voraussetzungen für die Anordnung einer Beschränkung gegeben sind, ist von der Wahlbehörde abzuweichen, gegebenenfalls Entscheidung des Regierungspräsidenten einzuholen.

Sitters Weabereiter
Bracht erlaubt Teilnahme von preussischen Beamten an der NSDAP.
wfb. Berlin, 25. Juli. Der kommissarische preussische Minister des Innern hat dem preussischen Staatsministerium eine Vorlage gemacht, wonach der Verbot der preussischen Staatsbeamten vom 25. Juni 1930 insoweit aufgehoben wird, als er die Teilnahme von Beamten an der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verbietet.

Die Reichsregierung
Des weiteren beschäftigte sich das Kabinett mit den wirtschaftlichen Fragen. Im Vordergrund seiner Besprechungen stand dabei die Frage, was mit den Betrieben geschehen soll, die sich entweder im Reichsbefehl befinden oder an denen das Reich maßgebend beteiligt ist oder die nur von den Subventionen des Reiches leben.

Je näher der Wahltag rückt, desto heftiger bemühen sich die Nationalsozialisten, das Kabinett Papen zu verleugnen, das sie in den ersten Wochen nach seiner Ernennung nachweislich mit der größten Rücksicht behandelt haben. Wir erinnern an das bekannte vertrauliche Rundschreiben des Berliner Gauleiters Dr. Goebbels, das empfahl, die Debatte über das Kabinett Papen und die von ihm erlassene Notverordnung etwas in den Hintergrund treten zu lassen. Auch die Lausanne Konferenz sollte nach einem streng vertraulichen Informations schreiben der Reichsparteileitung der NSDAP vom 12. Juli 1932 mit Vorsicht behandelt werden. Das war schon deshalb notwendig geworden, weil der „Völkische Beobachter“ in seiner Tolerierung des Kabinetts Papen schon zu weit gegangen war und erklärt hatte, daß man die Zahlung einer Restsumme als das kleinere Übel hinnehmen müsse. Dem Reichsfinanzminister Papen solle zunächst die richtige Einsicht zu Beginn der Konferenz ausgesprochen werden; die Kritik sollte dann mit aller Vorsicht andeuten, daß Papen „nur unter der zermürbenden Taktik der Franzosen allmählich weich geworden“ sei. Eine derart sanfte Kritik an der Außenpolitik der neuen Regierung kann doch nur dem gemeinsamen Interesse an der Erhaltung des Kabinetts Papen entspringen sein.

Noch auffällender ist die Rücksichtnahme der Nationalsozialisten auf den Reichsinnenminister von Gansl. In Nummer 134 vom 22. Juni 1932 hatte die nationalsozialistische „Preussische Zeitung“ schwere Angriffe gegen den Reichsinnenminister von Gansl gerichtet. Am Tage darauf mußte die Zeitung — wahrscheinlich von der nationalsozialistischen Parteileitung gezwungen — diese Angriffe folgendermaßen zurücknehmen:

„Der heftigen an dieser Stelle veröffentlichte Artikel „Die Herren des Reichsinnenministeriums“, der in einzelnen Teilen zu Mißdeutungen führen konnte, war eine Privatarbeit des Herrn Dr. von Grundberg, die weder im Einvernehmen mit Gauleiter Koch verfaßt ist, noch von ihm gebilligt wird.“

Maßgebliche Führer haben aber in noch viel deutlicher Weise dem Kabinett von Papen ihr Vertrauen ausgesprochen, so z. B. (nach dem Bericht der „Bremer Volkszeitung“, Nr. 157, vom 7. 7. 1932) Gottfried Feder, der in einer Bremer Versammlung erklärt hat: „Im Kabinett von Papen sitzen einige Männer, die das Vertrauen der Nationalsozialisten besitzen“, und der Führer der nationalsozialistischen Fraktion im Preussischen Landtag Kube erklärte in einer Versammlung, die am 14. Juli 1932 in der Berliner Union-Brauerei stattfand: „Ein Mann im Kabinett Papen hat unser Vertrauen, dieser heißt General von Schleicher“. Noch deutlicher schreibt das nationalsozialistische „Hamburger Tagblatt“ in seiner Nummer 157:

„Tabei fühlt selbst ein Völkler, was es mit der Tolerierung durch die NSDAP auf sich hat. Warum sollen wir nicht tolerieren? Haben wir doch erreicht, was noch bis vor Wochen fast ausstehlos schien: 1. Wiederherstellung der ZW, und 2. vor allem die Reichstagsauflösung.“

Aus diesen Erklärungen verschiedener Blätter und prominenter Führer der Nationalsozialisten geht eindeutig hervor, daß die Nationalsozialisten von Anfang an die Tolerierung des Kabinetts Papen-Schleicher beabsichtigt hatten. Die letzten Enthüllungen der Zentrumsparteie, denen Reichsfinanzminister von Papen nicht widersprochen hat, dürften jeden Zweifel an der Richtigkeit unserer Feststellungen beseitigen. Reichsfinanzminister von Papen hat in einer internen Unterhaltung geäußert, daß er mit der Tolerierung der Nationalsozialisten unter bestimmten Voraussetzungen rechnen könne.

Trotzdem nun die Zusammenhänge zwischen dem Kabinett Papen-Schleicher und der NSDAP nachgewiesen sind, hat Dr. Goebbels die Stirn, in Wahlversammlungen nicht nur jegliche ideelle Gemeinschaft der Nationalsozialisten mit dem Kabinett abzubrechen, sondern auch jede stillschweigende Unterstützung und Duldung zu leugnen. Er erklärte:

„Das Kabinett Papen ist nicht von uns berufen, nicht von uns bestellt und auch nicht von uns toleriert worden. Wir haben mit ihm gar nichts zu tun. Diese

Vor 40 000 in Bochum

Dr. Brüning feht seinen Siegeszug fort

Bochum, 26. Juli. (E. M.)

In einer von 40 000 Menschen besuchten Massenkundgebung der Zentrumspartei im Tus-Stadion sprach Reichsfinanzminister a. D. Dr. Brüning. In seiner Rede wandte er sich gegen Pressekommentare über das Ergebnis von Lausanne, in denen verächtlich behauptet worden sei, er trage an dem Ergebnis der Lausanne Konferenz irgend eine Mitverantwortung. Er betonte mit erhobener Stimme,

daß er niemals ein Angebot von vier Milliarden gemacht habe

und daß auch niemals ein Vermittler dazu autorisiert worden sei, ein solches Angebot zu machen. Weiter betonte Brüning, daß das politische System mit der Lage der Wirtschaft nichts zu tun habe. Dieses politische System sei nicht verantwortlich für die Tatsache, daß viele Führer der Wirtschaft in ihren Maßnahmen die wirklich vorhandene wirtschaftliche Lage nicht richtig eingeschätzt hätten. Das System sei auch nicht dafür verantwortlich, daß es zu einer Bankenkrise gekommen sei, und auch nicht dafür, daß die Wirtschaft in den letzten Jahren in eine so schwierige Lage hineingeraten sei. Das Zentrum werde den von ihm eingeschlagenen Weg ohne Rücksicht auf Verleumdung und Beschimpfung von der radikalen Rechten und radikalen Linken weitergehen.

In Dortmund

sprach Dr. Brüning in der dicht gefüllten Westfalenhalle vor etwa 10 000 Menschen. Vor wenigen Monaten, so führte Dr. Brüning aus, habe er an derselben Stelle gehalten und sich für die Wiederwahl des Reichspräsidenten eingesetzt. Auch heute gälte kein Kampf der Wiedereinsetzung der Staatsautorität. Der Redner erklärte, er habe einmal die Absicht gehabt, mit der Rechten zu regieren,

die Rechte habe ihm aber im entscheidenden Augenblick die Hilfe versagt.

Er habe in der Außenpolitik die Wege geebnet, daß ein Erfolg seiner Regierung in der Reparationsfrage sicher gewesen wäre. Die frühere Regierung hätte es in Lausanne nicht notwendig gehabt, nach seiner Formulierung des Reins im Januar d. J.

die Rechtsverbindlichkeit des Youngplanes auszusprechen. Dr. Brüning sagte weiter, daß er die Innenpolitik so eingestellt habe,

daß es möglich gewesen wäre, in Preußen ein Kabinett mit der Rechten zu bilden und mit der alten Regierung nach Lausanne zu gehen.

Dann hätten Reich und Preußen zusammengefallen. Der Generie Reichel in Deutschland sei im ungeeigneten Augenblick erfolgt. Wie der Weg aus dem Dunkel heraus aussehe, wisse heute noch niemand.

So sei unmöglich, eine Besserung der wirtschaftlichen Lage herbeizuführen, wenn man sich in Experimenten politischer Art ergebe.

Wenn die Nationalsozialisten in die Regierung gingen, so meinte Dr. Brüning, und viele von ihren Versprechungen ausgehen müßten, würden ihre radikalisierten Anhänger zurückfallen und Anstich inszenieren an die radikalisierte Linke. Dann würde das deutsche Bürgertum einsehen, welchen Fehler es gemacht habe, als es hinter den Nationalsozialisten hergelaufen sei. Dr. Brüning schloß seine Rede:

Wir wollen die Autorität des Staates, die auf Freiheit aufgebaut ist.

Wir sind bereit, mit allen Teilen der Bevölkerung zusammenzuarbeiten, die der Heberzeugung sind, daß das Christentum in einem verantwortlichen Dienst am Vaterland ansetzbar ist. Wir kämpfen für einen Staat gemäßigter Demokratie. Aber ebenso dürfen wir auch nicht die Hände derer zurückweisen, die große Massen des Volkes vor der Radikalisierung bewahrt haben. Wer das tut, begeht ein Verbrechen an der Zukunft.

v. Gronau in Labrador gelandet

St. Johns (Neufundland), 25. Juli. Wolfgang v. Gronau landete um 22.45 Uhr Greenwicher Zeituna in Cartwright (Labrador). Er war, wie gemeldet, schon gegen 20 Uhr in der Nähe dieses Ortes gesichtet worden, doch hat ihn vermutlich der dicke Nebel an einer früheren Landung gehindert.